



Zwei Schritte vor, einen zurück – oder doch gleich zwei?

Der holprige Start des Bürgerschaftsprogramms 2014–2020

Nach langem Warten wurde endlich am 14. April 2014 das EU-Programm »Europa für Bürgerinnen und Bürger« (2014–2020) offiziell vom Ministerrat verabschiedet. Grund für die lange Verzögerung des Programmstarts ist die euroskeptische Haltung einiger Politiker/innen in Großbritannien. Nicht nur, dass sich die britische Regierung brüstet, im Rahmen der EU-Haushaltsverhandlungen im Herbst 2013 erfolgreich dafür gesorgt zu haben, dass dieses Programm für den Zeitraum 2014 bis 2020 mit einem kleineren Budget ausgestattet wird als von der EU-Kommission vorgeschlagen (185,47 Mio. statt 229 Mio. Euro). Schließlich blieb der Verordnungsvorschlag in einem Prüfungsausschuss hängen, der jeden EU-Rechtsakt vor der Verabschiedung durch das Unterhaus bewertet.

Welche Kritik äußerten die skeptischen Politiker/innen im Vereinigten Königreich? Die Förderung des europäischen Geschichtsbesusstseins, insbesondere die Aufarbeitung des Ersten Weltkrieges (und der Rolle Deutschlands) im Jahr 2014, stieß auf große Unterstützung. Unbehagen bis Ablehnung erzeugte allerdings die Verbindung dieses Fördergegenstandes mit der Förderung der Unionsbürgerschaft, die insbesondere die Partizipation der Bürgerinnen und Bürger an der Gestaltung der EU meint. Spätestens mit dem Ergebnis der diesjährigen EP-Wahl und dem neuerlichen Vorstoß des britischen Premierministers David Cameron, der die euroskeptische Stimmung in anderen Mitgliedstaaten aufgreifend einer Renationalisierung politischer Kompetenzen das Wort redet, liegt auf der Hand, dass ein Programm, dessen Zweck die zunehmende Integration Europas im Bewusstsein seiner Bürgerinnen und Bürger ist, nicht die volle politische Unterstützung in Europa erfahren kann.

Das politische Debakel um das kleine Förderprogramm »Europa für Bürgerinnen und Bürger« zeigt zudem: Das Programm vereint sehr unterschiedliche Förderabsichten unter einem Dach; mit ihm werden Stichworte verbunden wie »Städtepartnerschaften«, »Bürgerbegegnung«, »Erfahrungsaustausch«, »Engagement« und »Partizipation« (in der weiten Spanne zwischen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und Mitgestaltung der politischen Agenda). Damit spricht das Programm einen großen Kreis möglicher Nutzer an; es weckt Hoffnungen und Ängste gleichermaßen.

Ausrichtung des Bürgerschaftsprogramms auf die EU-Politik

Die Europäische Union bürgernäher zu gestalten, ist das übergeordnete Ziel des EU-Programms »Europa für Bürgerinnen und

Bürger« (2014–2020). Kommunen, Vereine, Verbände und andere Organisationen und Einrichtungen können Zuschüsse zu ihren Aktivitäten beantragen, die dazu beitragen, den Informationsstand der Bürger/innen über die Europäische Union, ihre Geschichte und Vielfalt zu verbessern sowie die Unionsbürgerschaft zu fördern und die Voraussetzungen für eine stärkere Beteiligung der Bürger/innen auf Unionsebene zu schaffen. Das Programm ist dem Anspruch nach politischer als sein Vorgänger – eine Tatsache, die vielen Akteuren in Kommunen und Vereinen Sorgen bereitet.

Jedoch geht es weiterhin um Engagement »in allen Bereichen des Lebens«, wie im Arbeitsprogramm 2014 für das Bürgerschaftsprogramm ausgeführt wird. Damit ist auch Engagement in lokalen Zusammenhängen gemeint, das allerdings – und das sollte selbstverständlich sein – für eine Förderung seitens der EU in einem europäischen Kontext stehen muss.

Die häufig geäußerte Befürchtung, dass jetzt nur noch »große« Projekte von »großen« Organisationen oder Städten gefördert werden, lässt sich nicht bestätigen. Bilaterale Begegnungsprojekte, zu denen 25 Gäste aus der Partnerkommune eingeladen werden, können einen Zuschuss von 5.000 Euro erhalten. Das ist im europäischen Maßstab nicht wirklich groß.

Zudem zeigt die Erfahrung mit dem Vorgängerprogramm, dass im Rahmen vieler kleinerer wie größerer Projekte transnationale Debatten zu lokalen gesellschaftlichen Herausforderungen von europaweiter, oftmals auch globaler Relevanz stattfinden (z. B. der demografische Wandel, nachhaltige Energiekonzepte oder die Inklusion von Menschen mit Behinderungen). Die Themenpalette ist vielfältig, die Formate, die Projektträger für die Auseinandersetzung mit den Themen wählen, sind es ebenso. Und dies leisten kleine Kommunen oder Vereine genauso wie größere – das ist eher eine Frage der Interessen der Aktiven, der Art des Engagements und/oder der Kooperationspartner in der Region sowie in anderen Ländern.

Das Problem ist vielmehr das viel zu geringe Budget des Bürgerschaftsprogramms. Da jährlich europaweit nur rund 550 Projekte gefördert werden können, muss ein Großteil des Engagements in und für Europa ohne EU-Förderung auskommen.

Christine Wingert

Die KS EfBB wird gefördert durch die Generaldirektion Kommunikation der Europäischen Kommission aus dem Programm »Europa für Bürgerinnen und Bürger« sowie vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.